



**„DIE PARADOX  
ANMUTENDEN  
KOOPERATIONEN  
ZWISCHEN STASI,  
WESTDEUTSCHEN  
RECHTSTERRORISTEN  
UND PALÄSTINENSERN  
BEZEUGEN DIE  
INTEGRATIVE  
KRAFT DES  
ANTISEMITISMUS.“**

# Antizionistische Allianzen: das MfS und der westdeutsche Rechtsterrorismus

---

Der vorliegende Beitrag beleuchtet die Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR zum westdeutschen Rechtsterrorismus und unterzieht den bisherigen Forschungsstand einer kritischen Revision. So widerlegt die historische Aktenanalyse die populäre These von der „Unterwanderung“ westdeutscher Rechtsextremist\*innen durch die Stasi, mit dem Ziel, die BRD zu destabilisieren. Vielmehr ist davon auszugehen, dass ein Bündel an Motiven eine Rolle spielte: Neben der Absicht, sich vor rechtsterroristischen Angriffen zu schützen und dem Bestreben, die Bundesrepublik als faschistisch zu diskreditieren, sind auch ideologische Gemeinsamkeiten zwischen der Stasi und den von ihr Beobachteten hervorzuheben. Am Beispiel der Rechtsterroristen Udo Albrecht und Odfried Hepp wird gezeigt, dass das MfS einen aktiven Teil zum rechten Terror in der Bundesrepublik beitrug – im Namen eines gemeinsam geteilten antiimperialistischen Antizionismus.

---

## Einleitung

Welche Rolle spielte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR für die Entwicklung und das Agieren des westdeutschen Rechtsterrorismus? Dass die Stasi Verbindungen zu westdeutschen Rechtsextremist\*innen unterhielt, Inoffizielle Mitarbeiter (IMs) aus der rechtsextremen Szene der BRD rekrutierte und rechte Terrorist\*innen mitunter sogar finanziell und logistisch unterstützte, ist zwar in Einzelfällen bekannt, bis heute aber nur wenig erforscht. Insbesondere die Absichten und Ziele des MfS werden kontrovers und mitunter spekulativ diskutiert – legitimierte sich der realsozialistische Staat doch in seinem Selbstverständnis durch einen vermeintlichen Antifaschismus, der proklamierte, „faschistische“ Umtriebe zu bekämpfen.

Auf Basis des aktuellen Standes wissenschaftlicher Erkenntnisse wird dieser Artikel einen Überblick über die operativen Verbindungen des MfS zu westdeutschen Rechtsterrorist\*innen geben und die verschiedenen Thesen über die Motive der Stasi diskutieren und wissenschaftlich einordnen. Anhand von zwei Fallbeispielen soll abschließend eines der Motive – die ideologische Sympathie für Antizionismus und Antiamerikanismus – erörtert werden.

## Das MfS und der westdeutsche Rechtsterrorismus

Im MfS der DDR war seit 1975 eine eigene Dienstseinheit mit der Bekämpfung und Abwehr von Terrorismus beschäftigt: die Abteilung XXII. Sie wurde aufgrund der weltweit zunehmenden politisch motivierten Gewalt in den frühen 1970er Jahren gegründet. Ausschlaggebendes Ereignis war der Anschlag der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ auf die israelische Olympiamannschaft in München im Jahr 1972. Das MfS sorgte sich um terroristische Attentate im eigenen Land, zumal ein Jahr später die Weltjugendfestspiele in Ost-Berlin stattfinden sollten (Wunschik 1995: 7). Obwohl die SED-Führung von palästinensischer Seite wenig zu fürchten hatte, da beide der gemeinsame Kampf gegen Imperialismus und Zionismus verband, wurde im MfS eine Dienstseinheit „Terrorabwehr“ geschaffen. Bis 1988 arbeiteten dort 248 hauptamtliche Mitarbeiter\*innen für die Bekämpfung und Beobachtung des internationalen Terrorismus (ebd.).

---

**Bis 1988 arbeiteten im Ministerium für Staatssicherheit 248 hauptamtliche Mitarbeiter\*innen für die Bekämpfung und Beobachtung des internationalen Terrorismus.**

---

Die zentrale Aufgabe der Abteilung XXII war die nachrichtendienstliche Aufklärung über Terrorismus jeder politischen Couleur. Zu den bekundeten Zielen gehörte es, „die Mitglieder extremistischer Gruppen [...] im Westen zu identifizieren, ihre Absichten zu erkunden, ihren personellen ‚Rückverbindungen‘ nach Ostdeutschland nachzuspüren und die vermutete Steuerung dieser Gruppen durch westliche Geheimdienste aufzudecken“ (Wunschik 1996: 292). Insbesondere, wenn ein Gewaltpotenzial gegen die DDR vermutet wurde, kam die Abteilung federführend zum Einsatz. Dies galt vor allem auch für rechtsextreme und antisozialistische Gruppen, mit denen sich die Unterabteilungen 1 und 4 beschäftigten. Abteilung XXII/1 bearbeitete neonazistische Organisationen der Bundesrepublik, XXII/4 wiederum das Spektrum militant-antikommunistischer, rechtsextremer „DDR-Feindorganisationen“, darunter auch Fluchthilfeorganisationen (Förster 2018: 33). Zu den beobachteten Gruppen der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik gehörten u. a. die Wiking Jugend, die NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO), die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands sowie dezidiert rechtsterroristische Gruppen wie die von Manfred Roeder angeführte Terrororganisation Deutsche Aktionsgruppen und die in der BRD aktiven Wehrsportgruppen, darunter die WSG Hoffmann. Von den 104 IMs der Unterabteilungen 1 und 4 im Jahr 1988 standen 33 in direktem „Feindkontakt“ – woraus zu schließen ist, dass diese Mitarbeiter\*innen der rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik angehörten (Förster 2018: 36). Der Großteil der Mitarbeiter\*innen kam allerdings aus Ostdeutschland, da die Stasi im rechten Lager mit erheblichen Anwerbeschwierigkeiten konfrontiert war. Trotz dieser Umstände und einer konstanten personellen Unterbesetzung gelang es dem MfS, 200 der wichtigsten Zielpersonen und -gruppen der Neonaziszene in der Bundesrepublik zu erfassen (Wunschik 1996: 267). Nur ein Bruchteil davon wurde jedoch ‚aufgeklärt‘ oder gar vom MfS in seinem Handeln behindert. Der Großteil der rechtsextremen Szene, darunter die Wiking Jugend und der neonazistische Multifunktionär Michael Kühnen, blieb aufgrund mangelnder Kontaktpersonen unbeobachtet.

## Zum Forschungsstand: Welche Motive verfolgte das MfS?

Die Verbindungen der Stasi zum westdeutschen Rechtsterrorismus sind bisher kaum erforscht. Vor allem Journalist\*innen haben sich des Themas angenommen und wichtige Recherchearbeit geleistet, indem sie Berge an Aktenmaterial gesichtet haben (Igel 2012; Förster 2018). Erkenntnisse und Leerstellen wurden dabei allerdings oft nicht so differenziert eingeordnet, wie es ein wissenschaftlicher Blick erfordern würde. Insbesondere die Frage nach den Motiven der Stasi, die westdeutsche Rechtsextremen-Szene in den Blick zu nehmen, ist umstritten. Gab es eine Zusammenarbeit zwischen dem MfS und westdeutschen Rechtsterrorist\*innen und wenn ja, warum? Die jeweiligen Hypothesen gehen meist mit einer bestimmten Sichtweise auf die DDR einher und verfolgen dabei nicht selten selbst politische Interessen.

---

**Bis heute ist umstritten, inwieweit es eine Zusammenarbeit zwischen dem MfS und westdeutschen Rechtsterrorist\*innen gab und wenn ja, warum.**

---

### Positionen und ihre Argumentationen

Vier Motive stehen in der publizistischen und wissenschaftlichen Debatte zur Disposition. Die Journalistin Regine Igel (2012) vertritt die populäre Destabilisierungsthese. Demnach habe das MfS die westdeutsche Rechtsterrorist\*innenszene sowie andere Terrorist\*innen, etwa der RAF, über Jahre hinweg gezielt militärisch, finanziell und personell unterstützt, mit dem Ziel, die Bundesrepublik Deutschland zu „destabilisieren“ (Igel 2012: 59). Igel ist der Ansicht, dass „[d]er Terrorismus als ein möglicher Machtfaktor gegen den Gegner im Kalten Krieg genutzt“ werden sollte (Igel 2012: 57). Der Destabilisierungsthese gegenüber steht die Perspektive des Journalisten Andreas Förster (2018). Förster betrachtet die Aufklärungs- und Kontaktbestrebungen der Stasi in Bezug auf die rechte Szene in der BRD als reine Selbstschutzmaßnahme. In Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis der Abteilung XXII geht Förster davon aus, dass es der Stasi vorrangig darum ging, geplante Anschläge und Demonstrationstaten gegen die innerdeutsche Grenze und DDR-Politiker\*innen zu verhindern (Förster 2018: 12). Darüber hinaus strebte die Stasi laut Förster an, der Bildung rechtsterroristischer Gruppen in der DDR vorzubeugen.

Die bisher einzige wissenschaftliche Arbeit mit analytisch-systematisierendem Anspruch hat der Politikwissenschaftler und Rechtsextremismusforscher Samuel Salzborn (2016a, b) vorgelegt, der für einen differenzierenden Blick plädiert. Seiner Studie zufolge spielten verschiedene Gründe eine Rolle: die Verhinderung von terroristischen Anschlägen auf die DDR, die Diskreditierung der BRD sowie gemeinsame politische Ziele. Bedeutender als das Motiv der Prävention von Anschlägen auf die DDR hält Salzborn das Bestreben der SED-Führung, auf Basis der gesammelten Daten über westdeutsche Rechtsterrorist\*innen die Bundesrepublik als „quasi-faschistisch zu diskreditieren“ (Salzborn 2016a). Im Falle der vereinzelt, konkreten Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen Rechtsterrorist\*innen und MfS sieht Salzborn wiederum gemeinsame politische Interessen am Wirken. Als verbindende Ideologie betrachtet er den antizionistisch und antiamerikanisch gefärbten Antiimperialismus (ebd.).

## Einordnung der Positionen

Ungeachtet ihrer Popularität ist die Destabilisierungsthese wissenschaftlich gesehen nicht haltbar. Igels Ansatz geht von einer Macht des MfS aus, die jenes schlichtweg nicht hatte. Gegen die These der weitreichenden „Infiltrierung“ bundesdeutscher rechtsextremer Gruppen durch die Stasi, die im Namen der SED als „Agents provocateurs“ Anschläge verübten, spricht der historisch nachweisbare Mangel an Personal und Kompetenz im MfS (Igel 2012: 256). Der BStU-Beauftragte und Experte für die Abteilung XXII, Thomas Wunschik, argumentiert, dass die Abteilung XXII/1 mit nur 20 Mitarbeiter\*innen und 41 IMs eine umfassende Beobachtung des bundesdeutschen Rechtsextremismus gar nicht leisten konnte: Pro rechtsextremer Gruppe waren maximal drei IMs in deren Umfeld angesiedelt (Wunschik 1995: 35). Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählte 1988 jedoch rund 28.300 Rechtsextremist\*innen in der BRD (Förster 2018: 37). Darüber hinaus befanden sich die meisten IMs nur in der „Peripherie“ der Organisationen. Am häufigsten arbeiteten Journalist\*innen, Rechtsanwält\*innen und Verwandte für das MfS, die jedoch nicht bis ins Zentrum der Gruppen vordringen konnten (Wunschik 1995: 38). Nur in wenigen Fällen wurden Rechtsterrorist\*innen selbst zum „operativen Kontakt“ bzw. Inoffiziellen Mitarbeiter. Neben dem Personalmangel kam ein in Bezug auf Institutionen der DDR häufig konstatiertes „Dilettantismus“ (Salzborn 2016a) bzw. improvisierender Charakter, der auch für die Stasi galt. Fehler und Versäumnisse in der operativen Arbeit waren an der Tagesordnung. Von einer ‚Unterwanderung‘ der rechtsextremen Szene durch das MfS kann aus wissenschaftlicher Sicht keine Rede sein. Igels Ausführungen kommen dementsprechend auch ohne Belege aus: Ihre weitestgehend spekulative Argumentation hat mitunter eher verschwörungsideologische Züge.

---

**Von einer ‚Unterwanderung‘ der rechtsextremen Szene durch das MfS kann aus wissenschaftlicher Sicht keine Rede sein.**

---

Die unrealistische Überhöhung der Macht und des Gewaltpotenzials der DDR ist kennzeichnend für einen totalitarismustheoretischen Blick auf die DDR, der von einem konservativen bis rechten Spektrum vertreten wird. Realsozialismus und Nationalsozialismus werden in der Totalitarismustheorie faktisch gleichgesetzt, womit letzterer relativiert wird (Jaraus 2004: 84). Die These, dass kommunistische Nachrichtendienste hinter dem westdeutschen Rechtsextremismus stecken, wurde in den 1980er Jahren bereits von CSU-Politiker Franz Joseph Strauß vertreten. Eine solche Argumentation verleugnet damals wie heute die tatsächlichen Ursachen des westdeutschen Rechtsterrorismus, die in der politischen Kultur der Bundesrepublik und insbesondere in der Verdrängung des Nationalsozialismus zu suchen sind. Dadurch kann, je nach eigener politischer Position, entweder die Bundesrepublik von jeglicher Verantwortung freigesprochen werden oder der Sozialismus letztlich als das schlimmere Übel, gar als eigentliche Ursache rechten Terrors ausgemacht werden. Eine solche Argumentation ist darauf ausgelegt, die eigene rechte Position zu legitimieren. So verwundert es nicht, dass Igels Buch auch von der rechten Publizistin Vera Lengsfeld lobend besprochen wurde (Lengsfeld 2012).

Försters pragmatischer Ansatz dagegen kommt der Realität wesentlich näher. Seine umfangreiche Recherche ergibt das Bild einer eher konfus und ungeplant handelnden Staatssicherheit, die mit wissenschaftlichen Forschungserkenntnissen über das MfS übereinstimmt (vgl. Wunschik 1995).

Förster tendiert allerdings zu einer allzu großen ‚Aktengläubigkeit‘: So gibt er die Aktenbefunde größtenteils ohne kritische Reflexion wider und affirmiert damit die rechtfertigenden und selbstlegitimierenden Aussagen der Abteilung XXII bzw. des MfS. Die paranoid vermutete äußere Bedrohung durch westliche Terrorist\*innen lässt sich jedoch als ein Phantasma der SED entlarven, das den Aufbau der Abteilung XXII zur ‚Terrorabwehr‘ überhaupt erst legitimierte. Zwar kam es zwischen 1975 und 1987 zu vereinzelt Sprengstoffanschlägen auf Grenzeinrichtungen der DDR; die Sorge der SED, ein Ziel ausländischer terroristischer Anschläge zu werden, erwies sich rückblickend jedoch als unbegründet. Allgemein sind die Akten allein von eher „geringen Erkenntniswert“, da sie aufgrund des konspirativen Charakters der Behörde codiert und schwer zu entschlüsseln sind (Wunschik 1999: 263). Etliches Aktenmaterial, das vermutlich politisch brisant war, wurde zudem im Spätherbst 1989 von Mitarbeiter\*innen des MfS vernichtet (Wunschik 1999: 264). Einem alleinigen Fokus auf die staatliche Perspektive bzw. einem Fokus auf die Akten hat die DDR-Forschung daher schon in den frühen 2000er Jahren eine Alltags- und Individualgeschichte entgegengestellt, die auch Selbstzeugnisse umfasst (vgl. Jarausch 2004). Problematisch für die historische Forschung in Bezug auf den Rechtsterrorismus ist freilich, dass die Individualperspektive aufgrund schwer zu beschaffender Zeitzeug\*innenaussagen sowie fehlender Einsicht in ergänzende Akten des BND nur schwer zu rekonstruieren ist.

---

**Zwar kam es zwischen 1975 und 1987 zu vereinzelt Sprengstoffanschlägen auf Grenzeinrichtungen der DDR; die Sorge der SED, ein Ziel ausländischer terroristischer Anschläge zu werden, erwies sich rückblickend jedoch als unbegründet.**

---

Neben der mangelnden Quellenkritik fehlt es Förster darüber hinaus an einem theoretisch fundierten Zugriff auf das Material. Etwaige ideologische Überschneidungen zwischen dem SED-Regime und den bundesdeutschen Rechtsterrorist\*innen, wie den programmatischen Antizionismus, blendet er aus. Försters salopp-belustigende Schreibweise trägt letztlich zur Historiografie einer „populären Gruselgeschichte“ der DDR bei (Jarausch 2004: 86), die die DDR verniedlicht.

Die Studien von Salzborn (2016a, b) und ergänzend von Wunschik (1995, 1997, 1999) können als differenzierende Korrektive zu diesen beiden Ansätzen gesehen werden. Neben der Absicht, sich vor Angriffen zu schützen und die Bundesrepublik als faschistisch zu diskreditieren, heben beide die ideologischen Gemeinsamkeiten der Stasi und den von ihr Beobachteten hervor. Während Wunschik dies fast ausschließlich am Linksterrorismus festmacht, hat Salzborn die Gemeinsamkeiten auch im Hinblick auf den Rechtsterrorismus aufgezeigt. Zwar ist davon auszugehen, dass das Motiv der politischen Sympathie in Bezug auf Rechtsterrorist\*innen nicht das wichtigste war – es ist jedoch entlarvend, da es das Verhältnis der Stasi zum rechten Terrorismus als instrumentell und den proklamierten Antifaschismus als Mythos ausweist (Salzborn 2016b). Anhand von zwei Beispielen sollen diese ideologischen Gemeinsamkeiten – Antiamerikanismus und Antizionismus – beleuchtet werden.

## Motiv: Politische Sympathie – 2 Fallbeispiele

Zwei signifikante Fälle, die eine Kooperation der Stasi mit westdeutschen Rechtsterroristen aufgrund gemeinsamer weltanschaulicher Interessen nahelegen, sind die Beispiele von Udo Albrecht und Odfried Hepp. Beide Fälle erregten nach ihrem Bekanntwerden großes mediales Aufsehen (vgl. Winterberg 2004; Schönfelder 2019), obwohl konstatiert werden muss, dass der direkte Kontakt zu führenden Rechtsterrorist\*innen wie in diesen beiden Fällen die Ausnahme blieb. Aufgrund der beschriebenen Akten- und Quellenlage sind zudem bis heute etliche Details nicht abschließend geklärt. Entgegen der spekulativen Tendenz vieler publizistischer Texte soll dieser Beitrag im Folgenden entlang der gesicherten Fakten klären, inwiefern eine Kooperation bestand.

### Udo Albrecht

Udo Albrecht, Jahrgang 1939, war geborener Thüringer und floh mit seinem Vater, einem überzeugten Nationalsozialisten, in den 1950er Jahren nach Westdeutschland (Schönfelder 2019). In den 1970er und 1980er Jahren stieg Albrecht zur Schlüsselfigur der rechtsextremen Szene in der alten Bundesrepublik auf. Bestens mit führenden Rechtsterroristen wie Ekkehard Weil und Karl-Heinz Hoffmann vernetzt, gründete er verschiedene rechtsextreme Gruppen und plante terroristische Anschläge (Förster 2018: 149). Im Zentrum von Albrechts Weltbild stand der Antisemitismus, der sich insbesondere in Form von Antizionismus gegen den Staat Israel richtete. Bereits in den 1960er Jahren nahm Albrecht Kontakt zur Fatah auf, bevor er sich 1970 der palästinensischen nationalen Befreiungsorganisation PLO anschloss. Sein Ziel: Er wolle den „Weltfeind Nummer eins“, den Zionismus, vernichten (Albrecht zitiert nach Förster 2018: 148). Albrecht arbeitete zunächst von Westdeutschland aus an der Rekrutierung junger westdeutscher Neonazis für den Kampf gegen Israel und leistete der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ durch Sprengstoff- und Waffenlieferungen logistische Hilfe bei der Vorbereitung des Attentats auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München (Förster 2018: 153). Anschließend zog er einige Male in den Nahen Osten, wo er an der Seite der PLO kämpfte. Die PLO ermöglichte dem mehrfach gesuchten Bankräuber schließlich, sich eine legale Existenz als Gebrauchtwagenhändler aufzubauen, wo Albrecht u. a. mit Karl-Heinz Hoffmann zusammenarbeitete.

Das MfS hatte Albrechts Umtriebe und seine Kooperation mit der PLO bereits seit den 1970er Jahren registriert. Als die Stasi im August 1980 gebeten wurde, ein Treffen zwischen Albrecht und der PLO auf ostdeutschem Boden zu organisieren, fasste sie den Plan, den Rechtsextremisten für die Lösung „operativer Aufgaben“ zu gewinnen (Förster 2018: 146). Man wolle herausfinden, ob gemeinsame Interessen in Bezug auf „progressive Befreiungsbewegungen“ vorlagen (MfS zitiert

nach Förster 2018: 146). Zwar belegen Pässeinträge in Albrechts Reisepass einen dreitägigen Aufenthalt in der DDR, aus den Akten geht jedoch nicht hervor, ob dieser Gesprächstermin tatsächlich zustande kam. Ein Jahr später, im August 1981, floh Albrecht, der gerade in Untersuchungshaft saß,

---

**Statt ihn an die Behörden in der BRD zu überstellen, wurde der in die DDR geflohene Rechtsterrorist Albrecht im Jahr 1981 von Mitarbeitern der Stasi zehn Tage lang verhört und durfte dann über Damaskus in den Libanon ausreisen.**

---

bei einer polizeilich begleiteten Suche nach einem Waffenversteck an der innerdeutschen Grenze in die DDR. Bis heute ist nicht geklärt, ob und welche Geheimdienste an der Flucht beteiligt waren. Statt ihn an die Behörden in der BRD zu überstellen, wurde Albrecht von Mitarbeitern der Stasi zehn Tage lang verhört und durfte dann über Damaskus in den Libanon ausreisen. Gegenüber Westdeutschland behauptete die SED-Führung, man sei davon ausgegangen, dass Albrecht ein Agent des BND sei. Aus den Akten geht jedoch auch hervor: Die Stasi war an 20 Koffern mit brisanten Dokumenten und Materialien interessiert, die u. a. Pläne zur Vorbereitung von Anschlägen gegen israelische Einrichtungen enthalten sollten. Albrecht wollte diese im Libanon bergen und dem MfS zur Verfügung stellen. Nach Albrechts Ausreise blieb das MfS über die PLO zunächst noch über Albrecht unterrichtet. Kurz nach dessen Eintreffen in Beirut spielte die PLO der Stasi Tondokumente ihrer Befragung mit dem Rechtsterroristen zu. Danach verlor sich Albrechts Spur jedoch – für immer. Sowohl MfS als auch Bundesbehörden hielten es für möglich, dass Albrecht von der PLO eliminiert wurde, weil er zu gefährlich geworden war (Schönfelder 2019). Erst am 3. April 2019 stellte die Staatsanwaltschaft Dortmund die langjährige Suche nach Albrecht endgültig ein. Bilanzierend lässt sich konstatieren, dass die Strafverfolgung des wegen etlicher Schwerverbrechen gesuchten Rechtsextremen durch das MfS de facto verhindert wurde. Ermittler\*innen der Bundesregierung kamen 1985 jedoch auch zu dem Schluss, dass das MfS keinen operativen Einsatz Albrechts im Nahen oder Mittleren Osten plante (Schönfelder 2019). Damit ist eine unmittelbare Kooperation mit dem Rechtsterroristen zwar nicht nachweisbar, von der „effektiven Bekämpfung terroristischer und extremistischer Gewalttäter“, die sich der antifaschistische Staat auf die Fahnen schrieb, kann jedoch auch keine Rede sein (Schönfelder 2019). Im Vordergrund standen klar die gemeinsamen strategischen Ziele des MfS und der PLO: die Bekämpfung des westlichen Imperialismus und des Zionismus.

### **Odfried Hepp**

Wesentlich eindeutiger fiel die Zusammenarbeit im Fall Odfried Hepp aus – obgleich eine so intensive Verbindung wie zu Hepp in der Aufklärungshistorie der Abteilung XXII einmalig geblieben sein dürfte. Odfried Hepp, geboren 1958 in Achern (Baden), machte sich bereits als junger Mann einen Namen in verschiedenen rechtsextremen Gruppen. Er war Mitglied beim Bund Heimattreuer Jugend sowie in der Wiking Jugend, der er 1977 beitrug. Mit Karl-Heinz Hoffmann, dem Kopf der rechtsterroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann, ging Hepp 1980 nach dem Verbot der Gruppe in den Libanon, um sich dort von der PLO im Guerillakampf ausbilden zu lassen.

---

**Wesentlich eindeutiger fiel die Zusammenarbeit im Fall Odfried Hepp aus – obgleich eine so intensive Verbindung wie zu Hepp in der Aufklärungshistorie der Abteilung XXII einmalig geblieben sein dürfte.**

---

In der Stasi existierte bereits seit 1980 eine Akte über Hepp, da er in einem Rechercheartikel des Sterns als Anführer einer neonazistischen Gruppe aufgetaucht war, die Anschläge gegen die deutsch-deutsche Grenze plante (Förster 2018: 198). Die Abteilung XXII legte daraufhin einen Maßnahmenplan fest, um Hepp für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Dass Hepp regelmäßig bei seiner Großmutter im Osten zu Besuch war, bot sich für geheime Treffen mit dem MfS geradezu an. Auch über die rechtsextremen Umtriebe von Hepps zukünftigen Partner Walther Kexel war das MfS seit 1981 gut informiert.



Die beiden gründeten im selben Jahr die rechtsterroristische Hepp-Kexel-Gruppe, die zeitweise zu den am meisten gesuchten Terrorgruppen der Bundesrepublik gehörte (vgl. Manthe in diesem Band). Eine Kooperation mit der Stasi kam jedoch erst zustande, als Hepp sich am 14. Januar 1982 überraschenderweise selbst bei der Stasi als Informant anbot. Er berichtete von einem geplanten Raketenanschlag auf die MfS-Zentrale durch seinen Bekannten Werner Kley (Förster 2018: 199). Hepp, der von Kley zur Beteiligung aufgefordert wurde, hatte die Mitarbeit abgelehnt, da er inzwischen „die DDR wegen ihrer Unterstützung für nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt“ schätze (Hepp zitiert nach Förster 2018: 199). Gemeint war vor allem die palästinensische nationale Befreiungsbewegung. Hepp sagte gegenüber der Stasi aus, er müsse den Anschlag auf das MfS „als Deutscher“ verhindern (ebd.). Er äußerte sich zudem kritisch über die Machtverhältnisse in der BRD, mit denen er zunehmend unzufrieden war. Ein zweites Treffen fand im Februar 1982 statt. Seitdem kam Hepp regelmäßig alle zwei bis drei Monate nach Ost-Berlin, wobei er zunächst nur als Kontaktperson, nicht als IM eingestuft wurde. In dieser Zeit wurde der Rechtsterrorist ein zunehmend beliebter und geschätzter Informant der Stasi, welche durch Hepp über etliche terroristische Vorhaben in Kenntnis gesetzt wurde (Salzborn 2016b). Bereitwillig gab Hepp Auskunft über rechte Gruppen und Personen der BRD sowie über die von seiner Gruppe verwendeten terroristischen Methoden, etwa die Bauart der Bomben und über Sprengsatztestungen in der Lüneburger Heide (Salzborn 2016b). Darüber hinaus wusste das MfS von Hepps antiimperialistischer, antiamerikanischer Haltung, die von Hepp zwar – etwa in seinem 1982 veröffentlichten Manifest *Abschied vom Hitlerismus* – dezidiert mit seinem Neonazismus verbunden war, sich ansonsten aber nicht von der antiimperialistischen Haltung der SED unterschied (Salzborn 2016b).

Von Oktober bis Dezember 1982 verübte die Hepp-Kexel-Gruppe im Rhein-Main-Gebiet mehrere Bombenanschläge auf US-Fahrzeuge und amerikanische Soldaten. Die Gruppe wurde 1983 von der Polizei gefasst – Hepp aber floh am 19. Februar 1983 über die Grenze nach Ost-Berlin, wo ihm das MfS Schutz bot. Hepp berichtete der Stasi im Anschluss über die Durchführung der Anschläge und die internen Strukturen der Terrorgruppe, die sich an der PLO orientierte (Salzborn 2016b). Da Hepp polizeilich gesucht wurde, ließ das MfS den Terroristen entscheiden, ob er unter fremder Identität in der DDR leben oder in ein „arabisches Land seiner Wahl“ ausreisen wolle (ebd.). Hepp ging nach Syrien, wo er sich in Absprache mit dem MfS der terroristischen Organisation Palestinian Liberation Front (PLF) anschloss und mit dem MfS noch weitere Jahre in regelmäßigem Kontakt stand. Hepp sollte von Syrien aus Stützpunkte für palästinensische Terrorgruppen in Europa aufbauen, wozu es aufgrund seiner Verhaftung in Paris im Jahr 1985 jedoch nicht mehr kam. Abschließend lässt sich mit Salzborn (2016b) festhalten, dass ohne die logistische und finanzielle Unterstützung des MfS eine der „Schlüsselfiguren“ des westdeutschen Rechtsterrorismus nicht in diesem Maße hätte agieren können. Wohl auch aufgrund weltanschaulicher Übereinstimmungen in Bezug auf Antiimperialismus, Antiamerikanismus und Antizionismus hatte das MfS einen aktiven Anteil am rechten Terrorismus in der Bundesrepublik und am palästinensischen Terrorismus im Nahen Osten.

---

**Wohl auch aufgrund weltanschaulicher Übereinstimmungen in Bezug auf Antiimperialismus, Antiamerikanismus und Antizionismus hatte das MfS einen aktiven Anteil am rechten Terrorismus in der Bundesrepublik und am palästinensischen Terrorismus im Nahen Osten.**

---

## Fazit: Antiamerikanismus, Antiimperialismus, Antizionismus

Sowohl Albrecht als auch Hepp wurden vom MfS u. a. deshalb unterstützt, weil sie Ideologemen anhängen, die zum festen Repertoire des sozialistischen Weltbilds gehörten oder gar Staatsräson der DDR waren. Dies betraf sowohl den antiamerikanischen Antiimperialismus Hepps als auch den Antizionismus Albrechts. Beide sind wiederum wesensverwandt und treffen sich letztlich in einem gemeinsamen Nenner: dem Antisemitismus. Im rechten Lager der Bundesrepublik war Antiamerikanismus bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg verbreitet. Einem maßgebenden ökonomischen und kulturellen Einfluss der Vereinigten Staaten in Europa bzw. Westdeutschland stand ein prononcierter rechter Antiamerikanismus entgegen, der nicht nur an eine langjährige Tradition konservativer, amerikafeindlicher Kulturkritik, sondern auch an den dezidiert nationalsozialistischen Antiamerikanismus anknüpfte (Behrends et al. 2006: 21). Der Nachkriegs-Antiamerikanismus in der Rechten zielte auf eine völkisch-nationalistisch begründete Abwehr der Bedrohung der eigenen Autonomie (Schwan 1999: 30). Damit verband sich ein NS-verherrlichender Hass auf die Vereinigten Staaten als Sieger über den Nationalsozialismus – etwa bei der Partei Die Republikaner in den 1980er Jahren (ebd.).

Der dezidiert neonazistisch ausgelegte antiamerikanische Antiimperialismus der Hepp-Kexel-Gruppe war für den westdeutschen Rechtsextremismus zwar ein Novum, findet aber nach 1989/90 bis heute im Antiglobalisierungsdiskurs der extremen Rechten eine Fortsetzung (Salzborn 2018: 81). Damit ist eine Schnittmenge mit dem sozialistischen Weltbild gegeben: Der Antiamerikanismus galt spätestens seit dem Bruch mit den ehemals Verbündeten kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Übertragung der Faschismustheorie auf die USA als „Integrationsideologie des sowjetischen Imperiums“ (Behrends et al. 2006: 21). Zudem war er eng an die staatstragende Ideologie des Antiimperialismus geknüpft (Salzborn 2018: 91). Sowohl für den Antiimperialismus realsozialistischer Prägung als auch den Antiamerikanismus rechter und linker Prägung ist der Antisemitismus ein konstitutives Merkmal (Markovits 2006: 327). Die Vereinigten Staaten und die Juden wurden seit dem 20. Jahrhundert beide als Repräsentanten einer als bedrohlich empfundenen Moderne betrachtet und im Bild des vom Juden beherrschten Amerika zusammengeschlossen. Alle drei Ideologien laufen letztlich in der Nachkriegszeit auf die Ablehnung Israels als ein Brückenkopf und Ableger der imperialistischen USA hinaus. Sowohl der rechtsextreme als auch der realsozialistische Antizionismus nach der Shoah gingen in Deutschland mit einer Erinnerungsabwehr einher, die sich als Täter-Opfer-Umkehr äußerte und in der „projektiven Identifizierung mit dem gegen Israel gerichteten antisemitischen Kampf der Palästinenser“ mündete (Salzborn 2018: 66). Die historisch-ideengeschichtliche Analyse von auf den ersten Blick paradox anmutenden Kooperationen wie die hier genannten zwischen MfS, westdeutschen Rechtsterroristen und Palästinensern bezeugt letztlich die integrative Kraft der antisemitischen Ideologie über die politischen Positionen hinaus.

**Anja Thiele** ist Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Referentin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Antisemitismus und deutsche Erinnerungskultur.

## Literatur

- Behrends, Jan/Klimó, Árpád von/Poutrus, Patrice G. (2005): Antiamerikanismus und die europäische Moderne. Zur Einleitung. In: Dies. [Hrsg.]: Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa. Dietz: Bonn, S. 10–33.
- Förster, Andreas (2018): Zielobjekt Rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte. Christoph Links: Berlin.
- Igel, Regine (2012): Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte. Herbig: Stuttgart.
- Jarusch, Konrad H. (2004): Die Zukunft der ostdeutschen Vergangenheit – was wird aus der DDR-Geschichte? In: Hüttmann, Jens/Mählert, Ulrich/Pasternack, Peer [Hrsg.]: DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung. Metropolis: Berlin. S. 81–100.
- Lengsfeld, Vera (2012): Die Stasi – Hüterin des Terrorismus. Buchrezension von Vera Lengsfeld zu Regine Igel: Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte. Online: [http://gedenkbibliothek.de/download/Vera\\_Lengsfeld\\_zu\\_Regine\\_Igel\\_Terrorismus-L\\_gen.\\_Wie\\_die\\_Stasi\\_im\\_Untergrund\\_agierte.pdf](http://gedenkbibliothek.de/download/Vera_Lengsfeld_zu_Regine_Igel_Terrorismus-L_gen._Wie_die_Stasi_im_Untergrund_agierte.pdf) [20.5.2019].
- Markovits, Andrei S. (2005): Allzeit präsent, doch immer verleugnet. Überlegungen zum europäischen Antiamerikanismus und Antisemitismus. In: Behrends, Jan/Klimó, Árpád von/Poutrus, Patrice G. [Hrsg.]: Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa. Dietz: Bonn, S. 320–350.
- Salzborn, Samuel (2018): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Beltz Juventa: Weinheim.
- Salzborn, Samuel (2016a): Die Stasi und der westdeutsche Rechtsterrorismus. Drei Fallstudien. (Teil I). In: Deutschland Archiv, 15.4.2016. Online: [www.bpb.de/224836](http://www.bpb.de/224836) [20.5.2019].
- Salzborn, Samuel (2016b): Die Stasi und der westdeutsche Rechtsterrorismus. Drei Fallstudien. (Teil II). In: Deutschland Archiv, 19.4.2016. Online: [www.bpb.de/224934](http://www.bpb.de/224934) [20.5.2019].
- Schönfelder, Jan (2019): Arafats Thüringer „General“ – wo ist Udo Albrecht? Online: <https://www.mdr.de/thueringen/kultur/zeitgeschehen/udo-albrecht-einleitung-100.html> [20.5.2019].
- Schwan, Gesine (1999): Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland: Kontinuität und Wandel nach 1945. Nomos: Baden-Baden.
- Winterberg, Yury (2004): Der Rebell. Odfried Hepp – Neonazi, Terrorist, Aussteiger. Lübbe: Bergisch Gladbach.
- Wunschik, Tobias (1999): „Abwehr“ und Unterstützung des internationalen Terrorismus – die Hauptabteilung XXII. In: Knabe, Hubertus [Hrsg.]: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“. Christoph Links: Berlin, S. 254–262.
- Wunschik, Tobias (1996): Das Ministerium für Staatssicherheit und der Terrorismus in Deutschland. In: Timmermann, Heiner [Hrsg.]: Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Duncker und Humblot: Berlin, S. 289–302.
- Wunschik, Tobias (1995): Die Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr“ In: MfS-Handbuch. Online: [https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Publikationen/HB\\_wunschik\\_HA\\_XXII.pdf](https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Publikationen/HB_wunschik_HA_XXII.pdf) [25.09.2019].



**„DAS VERHÄLTNISS  
DER STASI  
ZUM RECHTEN  
TERRORISMUS WAR  
INSTRUMENTELL  
UND WEIST DEN  
PROKLAMIERTEN  
ANTIFASCHISMUS  
ALS MYTHOS AUS.“**